

# Lichtenstein-Calluberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Hildorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Hermsdorf, Rittersdorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niederwülzen, Ruhlschappel und Tirscheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Städtische Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 206

69. Jahrgang.

Sonnabend, den 6. September

1919.

1919.

## Bürger- und Fortbildungsschule zu Lichtenstein.

Die Errichtung der neuen Reichsverfassung soll laut Beschluß unserer Lehrerversammlung vom 27. August d. J. Montag, den 8. September, vorm. 9 Uhr mit der Bürgerschule und nachm. 3 Uhr mit der Fortbildungsschule im Schulsaale durch einen

### öffentlichen Aktus

gefeiert werden. Festredner: Herr Kantor Schulze. Er wird über das Thema sprechen:

**Der alte Weimarsche Geist als die innere, die neue Weimarsche Verfassung als die äußere Grundlage des neuen Deutschen Reiches.**

Hierzu ladet im Namen der Lehrerschaft ergebenst ein **Dr. Härtig.**

**Verkauf von Freibank-Rindfleisch an Calluberger Einwohner, Sonnabend, den 6. September, vormittags 9-11 Uhr: Brotharte Nr. 331-580 - à Pfund 2,20 Mark. Der Verkauf findet in der Freibank Lichtenstein statt.**

Der Ortsernährungsausschuß für Calluberg.

Bezirksverordn. Nr. 909 a Betr. a.

## Saatgutverbrauch.

Mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums und der Reichsgetrebestelle werden die Saatgutmengen für die Herbstbestellung mit Rücksicht auf die Höhenlage und Bodenbeschaffenheit in den nachstehend aufgeführten Fluren für Winterroggen und Wintergerste wie folgt erhöht.

Es dürfen verwendet werden auf den Hektar Anbaufläche:

1. in folgenden 26 Fluren: Hohenstein-Er., Lichtenstein, Calluberg, Bernsdorf, Calluberg mit Rittergut, Ebersbach, St. Egidien, Falken, Gersdorf, Grumbach mit Rittergut, Heinrichsdorf, Hohndorf, Ruhlschappel, Langenberg, Langenschurisdorf, Lohsdorf, Reinsdorf, Müllen St. Jakob, Müllen St. Nicola, Müllen St. Nicola,

Oberlungwitz, Reichenbach, Ködlig, Rösdorf mit Rittergut, Tirscheim, Holzglauke:

a) für die über 350 Meter hoch gelegenen Flurstücke bei Winterroggen und Wintergerste bis zu 250 Kg.

b) für die unter 350 Meter hoch gelegenen Flurstücke der genannten 26 Fluren und außerdem

2. in den Fluren: Dürrenhilsdorf, Gelsau, Hermsdorf, Höckendorf, Kersch, Lippandis, Niederlungwitz, Niederwülzen, Niederwinkel, Oberschindmaas, Rostebach, Stangendorf, Thurm mit Rittergut, Wernsdorf:

bei Wintergerste bis zu 200 Kg.

Im übrigen bleiben die durch Bekanntmachung vom 22. Juni und 13. August 1919 festgesetzten Saatgutlätze bestehen.

Zumiderhandlungen werden nach § 30 der Reichsgetreibeordnung für die Ernte 1919 bestraft.

Glauchau, am 2. September 1919.

S. B.: Dr. Wahl, Regierungsamtmann.

## Öffentliche Sitzung des Gemeinderates zu Hohndorf am Montag, den 8. September 1919, abends 6 Uhr im Rechenhause der Schule.

### Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Grenzregulierung.
3. Vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Hohndorf und der Gemeinde Hohndorf.
4. Das Wasserwerk betr.
5. Bericht über das Lebensmittelamt und die Milchwirtschaft.
6. Straßen- und Schleusenbau.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Hohndorf, (Bez. Chemnitz) den 5. September 1919.

Der Vorsitzende.

Schuster, Gemeinde-Vorstand.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Der französische Ministerrat hat am 5. September die Arbeitspolitik der deutschen Kriegsangehörigen auszuheben. — Sollte sich diese Meldung die aus ihrer Quelle kommt, bestätigen, so wäre damit ein weiterer einschneidender Schritt zur Freigabe der Deutschen auch seitens der französischen Regierung getan.

\* Unter den Dokumenten zur Ingerzeichnung überreichten Dokumenten befindet sich ein Schriftstück, durch das sich Deutsch-Österreich verpflichtet, sich an der Etappe Ungarns so lange zu beteiligen, bis Ungarn die ihm von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgelegten Friedensbedingungen angenommen hat.

\* Aus Rom wird gemeldet, daß die päpstliche Nichte in den nächsten Wochen in San Francisco einlaufen wird. Angesichts der amer. anti-japanischen Haltung gegenüber hat diese Aktion eine gewisse Bedeutung den Charakter einer politischen Demonstration.

\* Die „Free Information“ meldet aus Paris: Zwischen der Entente und Deutschland ist ein Abkommen entstanden, weil die Entente für die einseitigen Abkündigungen der deutschen Inlandsverträge bereit ist, während Deutschland den Weltfrieden fordert.

\* Schüler des Gymnasiums in Gießen sind in der Stadt getreten, weil während der Ferien sämtliche Lehrerzimmer und Häuser von Naziführern eingenommen waren. — Auch in einer Stadt der Rheinlande kam es aus dem gleichen Grunde zu einer Demonstration.

\* Rumänien weigert sich noch immer, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, es hat Bündnisse mit Italien angeknüpft. Auch Serbien weigert sich zu unterzeichnen.

\* Der Kronen unterdrücken und im Maßstab vergrößert hat der Beamte der kaiserlichen Post in Wien, Meisel.

\* Die rheinischen Arbeiter erklären, mit allen Kräften einen Volksversuch, die nicht ausbleiben werden, entgegenzusetzen, es unter Intention in den Generalstreik.

\* Da es der ägyptischen Abordnung in Paris nicht gelungen ist, die Selbstverwaltung des Landes durch-

zusetzen, nimmt die Bevölkerung gegen die Engländer eine drehende Haltung ein.

\* Die Fabrikräume der Hirschberger Papierfabrik in M. v. S. wurden durch Feuer zerstört. Der Verlust ruht vollständig.

\* Die Wiener Sicherheitsbehörden haben in den letzten Tagen eifrig nach Umhüllern. Es wurde ein kommunistischer Ausgehender und ein kommunistischer Führer verhaftet. Darunter befinden sich mehr reichsdeutsche Spartakisten.

\* Die österreichische Delegation hat um eine zeitliche Verlängerung für die Verhandlung der Friedensbedingungen ersucht. Der Ausschuss wird wahrscheinlich zustande kommen.

## Die Krisis der großdeutschen Frage.

Um gleich von vornherein in den Kern der Dinge zu gehen, weisen wir darauf hin, daß die Bedeutung des Vorgehens des Verbandes gegen die deutsche Verfassung natürlich nicht in juristischen Gesichtspunkten zu suchen ist, sondern daß es sich lediglich um eine Warnung politischer Natur handelt. In mittelbarer und unmittelbarer Weise wird durch das Vorgehen des Verbandes gegenüber Österreich und Deutschland auch die deutsche Zusammengehörigkeit gefährdet. Da man kann tatsächlich so weit gehen, von einem Eingriff des Obersten Rates in unser innerstaatliches Leben zu sprechen, wenn man aus, daß die deutsche Verfassung ist. Wenn wir, die wir über 10 Millionen Deutsche außerhalb der Grenzen in allen Teilen des Reiches leben haben, nicht einmal mehr in bedingter Weise von der Möglichkeit des Ausbruchs dieser Volksteile an das Reichsgebiet des deutschen Vaterlandes sprechen können, dann ist in diesem Grunde der Kern der deutschen Zusammengehörigkeit überhaupt in Frage gestellt. Die Gesamtheit des Reiches, die in den Straßen des Obersten Rates in Paris die staatsrechtliche Vertretung findet, es überhaupt wegen Punkte, sich soweit in ihren Forderungen zu verweigern, ist eine Folge der abgleitenden außenpolitischen Lage, auf der wir uns seit den Verhandlungen des Jahres 1918 befinden immer noch bewegen.

Wirklich, es sind traurige Zeiten, in denen das Deutsche Reich gegenwärtig lebt und über ihrem nie-

derschmetternden Charakter kann uns die Erwartung nicht trösten, daß auch über die Mächte des Verbundes eine allgemeine Krisis heranzieht. Die wir hören, ist die Note des Obersten Rates, die die deutsche Einheit an Grabe trägt, am Abend des 1. September in Berlin eingetroffen. Es war am 1. September vor 49 Jahren, in Tondern bei Gedau auch in einer frühen Abendstunde, als Politik und Diplomatie zusammenkamen, um über die Realisation der kaiserlichen Aemse Frankreichs zu verhandeln. Die Zeiten haben sich geändert und die Franzosen suchen jetzt entsprechend den Ideen ihrer Abgeordneten Barthou und Journer, in denen die auch durch den Weltkrieg bewirkte Verfallung des deutschen Staatsgedankens mit dem größten Besonderen hervorgehoben wurde, diesem deutschen Einheitsgedanken durch die Paragraphen von 21. Februar den rechten Stoß zu versetzen. Wir hoffen, daß diese Absichten der Feinde keine endgültigen Tatsachen schaffen werden, und daß die Schmach, die man uns jetzt antun, sich auf die Urheber zurückfallen möge. Wir wollen uns des Zeitraumes von 1919 nicht und immer erinnern und hoffen, daß der Reichsausschuß im deutschen Volk seine mächtige Autorität unauslöschlich werden. Dazu freilich wird notwendig sein, daß man bald aus der Regierung keine Kleinigkeit und keine Mangel an Geduld nicht verweigert, wie wir ihn erst vor wenigen Stunden wieder bei der Reaktion des Jalles Manheim erlebt haben. Nur der Wille der Bevölkerung, sagt Friedrich Schiller.

Zu dem Ultimatum der Entente schreibt die „Free Information“: „Das Ultimatum, daß die alliierten und assoziierten Mächte der Reichsregierung wegen Deutschösterreich zugestehen für auf belunden haben, in ganz Deutschland allgemeine Empörung hervorgerufen habe. Das Volk weiß ganz normal darauf hin, daß, nachdem in Artikel 174 der Reichsverfassung Landesgesetzgebung verboten ist, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verletzung nicht berührt werden, für die assoziierten Mächte kein Grund zur Aufregung darüber vorliegt, daß Art 174 der Verfassung bestimmt, daß für die eventuelle Vertretung Deutschösterreich im Reichsrat nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich enthält. Alles, was die gegenwärtigen Mächte